

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, 11 März 1892.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansen & Vogler
G. L. Daub, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 10. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 10. März.

Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet.
Die zweite Beratung des Etats des Kultus-
ministeriums wird fortgesetzt mit Kapitel 120
„höhere Lehranstalten“, Titel 5 „zur Durch-
führung des Normal-Befoldungs-Etats 1,400,000
Mark“ und den zu dem Normal-Etat gestellten
Anträgen.

Abg. v. Schenkendorf (natl.) erkennt
an, daß der vorgelegte Normal-Etat wesentliche
Verbesserungen der Einkommensverhältnisse der
Lehrer mit sich führe, so daß die davon be-
troffenen Kreise gegen die Regierung von Dank
erfüllt sein müßten. Dennoch habe er sich für
verpflichtet, diejenigen Punkte hervorzuheben, die
auch nach dem Normal-Etat der Regelung be-
dürften. Dahin gehöre zunächst die Forderung
der Gleichstellung der Lehrer an nichtstaatlichen
Anstalten mit den Lehrern an staatlichen An-
stalten, die eine unbedingte Notwendigkeit sei.
Anträge nach dieser Richtung seien wiederholt
gestellt, inbezug von Herrenhausen abgelehnt
worden und dieser Umstand habe seine Freunde
veranlaßt, in einer Resolution die geforderte Re-
gelung dieser Forderung zu beantragen. Was die
Gehaltsverbesserungen selbst anbelange, so hätten
seine Freunde auch in dieser Beziehung sich eine
gewisse Entschlossenheit auferlegt, namentlich habe
man davon Abstand genommen, die Gleichstellung
der Lehrer mit den Richtern erster Instanz hier
weiter in Antrag zu bringen, obwohl die Be-
rechtigung dieser Forderung im Prinzip sowohl
vom Hause, wie von der Regierung wiederholt
anerkannt sei. Weiter befürwortet alsdann noch-
mal eingehend den von der national-liberalen
Partei gestellten Antrag, der u. A. auch verlangt,
daß die durch die Organisation notwendig
werdenden Stellen bald thunlichst mit definitiv
angestellten Lehrern besetzt werden.

Abg. Sperlich (Ztr.) erkennt die Be-
freiungen der Regierung an, hält die Vorschläge
des Normal-Etats indessen nicht für ausreichend
und empfiehlt demnach einen von ihm zu dem
Normal-Etat gestellten Antrag, der an Stelle der
von der Regierung vorgeschlagenen Regelung der
Gehälter der Lehrer nach der Einwohnerzahl die
Anstellung von bestimmten Dienststellen
verlangt, wodurch es den Lehrern namentlich er-
möglicht werde, zu ernennen, wie hoch sie in
Bezug überhaupt kommen werden. Mit einer
Erhöhung des Gehältes erklärt Redner sich
einverstanden, doch sei es nicht gerechtfertigt, das
Gehalt in einer Höhe zu erheben, die den
Minderbegüterten die Zahlung des Gehältes
erschweren. Mit schwerem Herzen nur
könne er daher für die von der Regierung vor-
geschlagene Erhöhung stimmen. Durch die Schei-
dung der Städte nach der Einwohnerzahl sei zu
befürchten, daß eine größere Zahl von Direktoren
nach dem Normal-Etat schlechter gestellt würde,
als wenn dieselben Oberlehrer geblieben wären
und die widersprüchlichen Entscheidungen der
Gerechtigkeit. Trotz der günstigen Erklärun-
gen des Finanzministers hoffe er dennoch auf die
Annahme seines Antrages.

Gef. Finanzrat G. r. m. a. erklärt, daß eine
nothwendige Folge der Annahme des Antrages
des Vorredners die Ueberbretung der Etats-
summe sein würde. Der Antrag würde auch die
Regelung der Gehälter für den gesamten Lehr-
stand unangünstiger gestalten und empfehle er daher
dessen Ablehnung.

Abg. Höpner (konf.) ist ebenfalls der
Ansicht, daß der Normal-Etat eine wesentliche
Verbesserung der Lage der Lehrer herbeiführen werde
und daß in Folge dessen sowohl die Lehrer wie
die Mitglieder des Hauses sich in ihren weiter-
gehenden Wünschen eine gewisse Reserve auf-
legen müßten. Er und seine Freunde würden
sich deshalb diesen weitergehenden Anträgen gegen-
über ablehnend verhalten. Für die Erhöhung
des Gehältes sprechen auch soziale Gründe, auf
die er nicht näher eingehen wolle, und in der be-
sonderen Berücksichtigung der wissenschaftlichen
Lehrer erblicke er einen Vorzug des Normal-Etats.
Redner empfiehlt die Annahme der vom Abg.
Kropatschek beantragten Resolution, welche eine
halbtägige Gleichstellung der Lehrer an den höheren
Rechtsstellen in ihrem Einkommen mit den
Richtern erster Instanz verlangt.

Abg. Grimm (Frankfurt) (natl.) erkennt
dankbar den Schritt an, der mit dem Normal-
Etat zur Verbesserung der unverbhältnismäßig
zurückgekommenen Gehaltsverhältnisse der Lehrer
gethan sei, kann aber nicht anerkennen, daß mit
diesem Normal-Etat die Regelung als definitiv
abgeschlossen angesehen werden könne, hält es viel-
mehr für notwendig, daß bei der allgemeinen
Anpassung der Beamtengehälter eine weitere
definitive Regelung der Lehrerbeziehungen werde
herbeigeführt werden müssen. Diesen Gedanken
bringe die von der national-liberalen Fraktion be-
antragte Resolution zum Ausdruck. Eine Gleich-
stellung der Lehrer mit den Richtern der Richter-
erster Instanz hält Redner ebenfalls für dringend
geboten, wie ja auch die Scheidung der Städte
nach der Einwohnerzahl nicht gerechtfertigt er-
scheine, er vielmehr der Ansicht sei, daß in dieser
Beziehung in Zukunft eine Aenderung werde
herbeigeführt werden müssen.

Abg. Dr. Kropatschek (konf.) rechtfer-
tigt seinen Antrag, indem er den Vorwurf
zurückweist, daß der Antrag geeignet sei, die Un-
zufriedenheit und Begehrlichkeit der Lehrer zu
vermehrten. Die Berechtigung der Forderung
der Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern
sei wiederholt von der Regierung und vom Ab-
geordnetenhaus anerkannt worden und die Lehrer
würden ganz von selbst zu Reflexionen darüber
kommen, daß diese Gleichstellung auch durch den
vorliegenden Normal-Etat wiederum nicht Er-
füllung gefunden habe. Redner hält eine
Parallele zwischen diesen beiden ganz heterogenen
Berufen eigentlich für ungerechtfertigt, da
dieselben aber einmal proklamiert sei, so werde
die Frage erst dann aus der Welt geschafft wer-
den können, wenn die Gleichstellung thatsächlich
erfolgt sei. Der Antrag Sperlich's in Bezug auf
die gleiche Behandlung der Lehrer in kleinen und
großen Städten könne er nicht bestimmen, es
handele sich dabei nicht bloß um das höhere
Leben in größeren Städten, sondern vielmehr um
die größere Arbeitslast der Lehrer und Direktoren
in Städten von über 50,000 Einwohnern. Bei
den Oberlehrern werde sicher das Angebot einer
Direktorstelle in kleineren Städten in Folge der

schlechteren Gehaltsansichten kein Entgegenkom-
men finden, denn in der Regel hätten sie kaum
die Hoffnung, das Maximalgehalt der Direktoren
zu erhalten, welches erst nach 20 Jahren erreicht
werde. Große Bedenken, das Gehalt zu er-
höhen würde er nicht haben, aber die hier vorge-
schlagene Erhöhung flöße ihm Bedenken ein.
Wenn auch durch den Normal-Etat nicht alles
erreicht sei, was erwünscht wäre, so erkenne er
doch den großen Fortschritt dankbar an, der
damit gethan sei. Wenn der Normal-Etat durch-
geführt sei, so ständen die Lehrer im Großen und
Ganzen in Preußen besser, als in den andern
deutschen Staaten.

Kultusminister Graf Zedlitz erklärt auf
eine Anfrage des Vorredners, daß bei der Pen-
sionierung der Lehrer die Hilfslehrerbienigkeit,
ja sogar das Probejahr in Anrechnung gebracht
würde. Was die vom Vorredner erwähnten Miß-
verhältnisse für die Lehrer von nicht staatlichen
Anstalten anbelange, so sei die Staatsregierung
ganz außer Stande, einen Zwang zur Einfüh-
rung der Alterszulagen auf die Kommunen aus-
zuüben; er sei aber gern bereit, darauf hinzu-
wirken, daß auch für diese Anstalten größere Be-
foldungsgemeinschaften gebildet werden, welche
das sine qua non für die Aufbesserung der
Lehrergehälter an den Lehranstalten in den klei-
neren Städten seien. Die Erhöhung des Gehäl-
tes werde wesentlich gemildert durch die Be-
haltung der 10 Prozent-Freistellen und dadurch,
daß das Gehalt für die höheren Bürger-
schulen nur auf 80 Mark normiert sei.

Nach einer längeren, von großer Unaufmerk-
samkeit des Hauses begleiteten Ausführung des
Abg. Dr. W. r. m. a. (Ztr.), der unter An-
erkennung der Vorschläge der Regierung eben-
falls verschiedene weitergehende Wünsche geltend
macht, und des Abg. Schaffner (natl.), der
auf der Journalistentribüne völlig unverständlich
bleibt, behauptet

Abg. Bachem (Ztr.), daß ein Normal-
Etat für 1892 noch gar nicht existiere, sondern
dem Hause nur der Entwurf eines solchen
Etats in Form einer Denkschrift vorliege,
welcher ein Monolog der Staatsregierung
sei, ebenso wie die Wünsche der Lehrer
einfach Monologe bleiben, weil das Haus
nicht in der Lage sei, an den Normal-Etat zu
ändern. Der Entwurf sei für den Minister und
auch für die Ober-Rechnungskammer nicht bin-
dend. Das Haus befürchte sich somit in einer
Zwangslage. Diefem Zustande wolle ein Antrag
Rückert abhelfen, der verlange, den Titel 5
Kap. 120 dahin zu fassen: „zur Durchführung
des anliegenden Normal-Etats“. Nehme das
Haus den Antrag nicht an, so müsse dasselbe
den Normal-Etat mitverschlucken und deshalb
könne er dem Antrag Rückert in der gegenwär-
tigen Session nicht zustimmen. Er verlange die
gezielte Feststellung des Normal-Etats und
werde deshalb für die Bewilligung der 1,400,000
Mark einfach stimmen, ohne auf den Normal-
Etat zu rückzublicken. Die gegen den Etat erho-
benen Einwendungen ergeben, daß der vom
Minister vorgeschlagene Verfassungsmoos nicht
einwandfrei sei und trotzdem solle das Haus
keine Aenderungen dazu beschließen dürfen.
Die Grundzüge eines solchen Normal-Etats müßten
gefestigt festgestellt werden.

Abg. Franke (natl.), zur Geschäftsver-
änderung, hält es für nöthig, zunächst
den Antrag Rückert, der die Budgetkommission
ja noch nicht beschäftigt habe, an diese zu sofortiger
Beschäftigung zu verweisen, denn die Frage, ob
der Normal-Etat die positiven Charakter haben
solle, bedürfe sofortiger Entscheidung.

Minister Miquel befreit dies entscheiden.
Diese Frage könne weder von dem Hause ent-
schieden werden, noch brauche sie entschieden zu
werden. Das könne nur geschehen in Verbin-
dung mit einem Kompabilitäts-Gesetze. Es handle
sich hier nicht um einen Gesetzentwurf, der dem
Hause zur Entscheidung vorgelegt worden sei.
Die Regierung werde sich außerdem ohnehin
binden, und wenn das Haus etwa im nächsten
Jahre Aenderungen daran wolle, so habe das
Haus dies ja in der Hand auf dem Wege der
Aenderung der Etatsposten.

In dem weiteren Verlaufe der Geschäfts-
ordnungsdebatte erklären sich die Abgg. Böcker
(Zentr.) und Rückert für Verweisung des
Rückert'schen Antrages an die Budget-Kommission,
wegen

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.)
sämmliche vorliegenden Anträge durch Uebergang
zur Tagesordnung zu erledigen beantragt, mit
Ausnahme nur des Antrages Rückert's.

Abg. v. Huene (Zentr.) hält dagegen Ver-
weisung aller Anträge nicht dem Normal-Etat an
die Kommission für geboten.

Gegen die Konfessionen wird schließlich be-
schlossen, den Normal-Etat nebst dem Antrage
Rückert und allen anderen Anträgen an die Kom-
mission zurückzuverweisen.

In Titel 5 werden 321,487 Mark 66 Pf.
als Zuschuß behufs Einführung der Verpflegung
der Hinterbliebenen der Lehrer v. gesch. m.

Abg. Dr. Graß (natl.) und Schmelzer
(natl.) begrüßen diese Forderung mit Freuden
und wird der Titel bewilligt.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.
Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen
Beratung.
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 10. März. Se. Majestät der
Kaiser ist in Folge einer leichten Erkältung
nötig, heute das Bett zu hüten und konnte aus
diesem Grunde auch keine Vorträge heute ent-
gegennehmen. Bei der gestern zu Ehren des Ge-
burtstages des Kaisers von Rußland stattgehabten
Frühstücksstafel wurde Se. Majestät der Kaiser
durch den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen
vertreten.

Die Budget-Kommission des Abgeord-
netenhauses bewilligte heute gegen 5 Stimmen
die im Etat geforderte Summe von 300,000
Mark als erste Rate für den Dombau, nachdem
der Kultusminister Graf Zedlitz die Erklärung
abgegeben hatte, daß die vom Landtag geforderten
zehn Millionen als Vorläufe zu den Kosten an-
gegeben und weitere Anforderungen an den Land-
tag nicht gemacht werden sollen.

Der Bundesrath hat in seiner heute un-
ter dem Vorsitz Sr. Excellenz des Vizepräsidenten
des Staatsministeriums, Staatssekretärs des
Inneren Dr. v. Bötticher abgehaltenen Sitzung
den Gesetzentwurf zum Schutze der Briefstauben
und über den Briefstaubenverkehr im Krieges, den
Gesetzentwurf wegen Aenderung des Gesetzes
über den Unterstützungsbewohns vom 6.
Juni 1870 sowie den Antrag zum Reichshaushalts-
etat für 1892-93 (Erhöhung der Mittel
für die Chicagoer Ausstellung) den zuständigen
Ausföüssen überwiesen und dem Ausschußbericht
über den Entwurf eines Chefgesetzes zuge-
stimmt.

Gräfin Julie von Keller ist heute Vor-
mittag feierlich in das Amt der Oberin von Be-
thänen eingeführt worden. Die neue Oberin,
die herauf ist, die Frau P. Kirch zu ergeben,
gehört von Beginn ihrer humanitären Wirkam-
keit dem Mutterhaus von Bethänen an, sie
war dann längere Zeit als leitende Schwester
am Krankenhaus in Potsdam thätig und wirkte
in den letzten Jahren im Mutterhaus als stell-
vertretende Oberin. Die Gräfin Keller ist die
Tochter des verstorbenen Hofmarschalls Friedrich
Wilhelms IV. Die Feier selbst, die in der fest-
lich erleuchteten und geschmückten Kapelle der An-
stalt stattfand, erhielt durch das Erscheinen der
Kaiserin eine erhöhte Bedeutung. Die hohe Frau
wurde unter Glockengeläut am Portal vom Ge-
neral v. Katze und den übrigen Mitgliedern des
Kuratoriums, vom Präsidenten des evangelischen
Oberkirchenraths Dr. Warthausen und vom Propst
v. d. Goltz empfangen. Die Kaiserin reichte
der Gräfin Keller mit herzlichen Worten des
Grüßes die Hand und ließ sich sodann zur Kapelle
geleiten, wo sich bereits der Hausminister v. Wedell,
Herr von Kleist-Rehnow, Ober-Konfistorialrath
Doehlin, Superintendent Hübner, zahlreiche Geis-
liche mit den Schwestern und einer festlichen
Menge eingefunden hatten. Als die Kaiserin den
geweihten Raum betrat, intonierte die Orgel ein
Präliminium, dem Gemeindegesang sich anschloß.
Die Liturgie hielt der erste Anstaltsgeistliche D.
Neubitz, die Einführung vollzog im Anschluß an
das Wort aus Matth. 20, 26-28, der Propst
v. d. Goltz. Nach der Feier begab sich die
Kaiserin nach dem Konferenzzimmer, wo die
hohe Frau genöthigt, eine Tasse Thee anzunehmen.

Posen, 10. März. Aus Petersburg wird
vom heutigen Tage gemeldet: Die General-
gouverneure Smolko aus Warschau und Kochanow
aus Wilna sind ganz unerwartet wieder einge-
troffen. Ihre Ankunft wird mit militärischen
Maßnahmen in Verbindung gebracht.

Schleswig, 10. März. (W. T. B.) Der
Provinzial-Landtag für die Provinz Schleswig-
Holstein, welcher die Landgemeindevorordnung
mit allen gegen 2 Stimmen angenommen hat, ist
heute durch den Oberpräsidenten von Steinmann
geschlossen worden. Der Vorsitzende Graf Re-
ventlow-Freze brachte ein Hoch auf Se. Maj. den
Kaiser aus, in welches die Versammlung begeistert
einstimmte.

Darmstadt, 10. März. Kaiser Wilhelm
und Königin Vittoria erhalten mehrmals im
Tage telegraphische Nachrichten über das Befinden
des Großherzogs.

Darmstadt, 10. März. (W. T. B.) Nach
dem Mittags 12 Uhr ausgegebenen Bulletin ist
in dem Befinden des Großherzogs eine geringe
Besserung eingetreten. Die Erhebung des Be-
wusstseins, sowie die Athemnoth und das Schließen
haben unmerkbar abgenommen. Im Uebrigen
ist der Zustand unverändert. Professor Krumpholtz,
welcher das Bulletin mit unterzeichnet hat, ist
wieder abgereist.

Leipzig, 10. März. (W. T. B.) Das
Reichsgericht hat das Urtheil gegen den Bürger-
meister Horn von Torgau, welcher am 27. Oktober
v. J. wegen Untreue zu sechs Wochen Ge-
fängnis verurtheilt worden war, aufgehoben und
zur erneuten Verhandlung an das Landgericht in
Halle verwiesen. Das Reichsgericht begründet
sein Erkenntnis damit, daß das Bewußtsein der
Rechtsunwirksamkeit nicht festgestellt und die Ver-
urtheilung vom ersten Richter beschränkt worden sei.

München, 10. März. (W. T. B.) Die
Kammer der Abgeordneten genehmigte den Etat
der direkten Steuern mit 29,701,000 Mark in
den Einnahmen und mit 982,000 Mark in den
Ausgaben ohne erhebliche Debatte.

München, 10. März. (W. T. B.) In
dem heutigen Termine vor der Zivilkammer des
Landgerichts in Sachen des Hof-Deputations-
Nachbarn gegen die biesige Hof-Deputations-
gab der Vertreter der Intendantur bekannt, daß nach
dem Gutachten des General-Intendanten Grafen
Hochberg in Berlin das Breslauer Gastspiel
Nachbarns nur als ein vorübergehendes zu
betrachten sei. Das Gericht beschloß, den Grafen
Hochberg, der nur ein schriftliches Gutachten ab-
gegeben hat, von dem Berliner Amtsgericht ver-
nehmen zu lassen. Direktor Postart wird am
21. März hier vernommen werden. Der Schluß-
termin ist auf den 19. Mai festgesetzt.

Mosk., 10. März. (W. T. B.) Der
Stadthauptmann Fürst von Dolbowski, der gestern
Mittags hier eingetroffen war, um die Ar-
beiten in Schloß Urolovo zu besichtigen, ist heute
früh nach Strassburg zurückgereist.

Österreich-Ungarn.

Wien, 10. März. (W. T. B.) In der
heutigen, unter dem Vorsitz des Finanzministers
Dr. Steinbach stattgehabten Sitzung der Valuta-
Enquete-Kommission sprachen sich sämmtliche
Mitglieder für die Goldwährung aus. Direktor
Hjorseth und der Präsident der Anglo-Bank Elbogen
traten für die Ablehnung der Staatskassenscheine
ein, letzterer aber für das Silberloant. Be-
züglich der Münzpolitik sprachen sich alle Mit-
glieder für die Kontinuität aus, Hjorseth für den
Halbgold aus sozialen Gründen.

Peft, 10. März. (W. T. B.) Abgeord-
neterhaus. In der heute fortgesetzten Ab-
handlung erklärte Ministerpräsident Graf Szapary,
die gestrige Rede des Abgeordneten Grafen Apponyi
mache den Eindruck, als wäre die Nationalpartei
aus der Wahlen siegreich hervorgegangen, während
die Thatsachen das Gegentheil bewiesen. Das
Wahlergebnis zeige, daß die große Mehrheit im
Landes für die Erhaltung der Basis des Aus-
gleichs von 1867 und für die Wahlreform ent-
schieden habe. Die Nation habe die Leitung der
Geschäfte wieder in die Hände der Regierung ge-
geben. Die Regierung werde ihre Pflicht er-
füllen. (Beifall.)

Peft, 10. März. Die Abgeordneten be-

schlossen in geheimer Sitzung, für die Noth-
leidenden Ober-Ungarns die Diäten eines Tages
aller Abgeordneten zu schenken.

Frankreich.

Paris, 10. März. Der Präsident der Re-
publik hat die wegen Verbrechen bei Ausständen
Verurtheilten begnadigt.

Der Ministerrath hat beschlossen, Reims
heute in der Kammer eingebrachten Antrag auf
Bildung eines Kolonialministeriums nicht zu
widersprechen.

Spanien und Portugal.

Cadix, 10. März. (W. T. B.) Der Pro-
jekt gegen die Theilnehmer an den anarchistischen
Kundgebungen vom 1. Mai 1891 ist gestern zu
Ende geführt worden. Alle Angeklagten wurden
freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt; in
dem Augenblick, wo sie das Gerichtshaus ver-
ließen, veranstalteten ihre anarchistischen Ge-
nossen eine Kundgebung gegen die Gendarmen.
Letztere machte von den Waffen Gebrauch; einige
Anarchisten wurden verwundet, mehrere ver-
haftet.

Großbritannien und Irland.

London, 10. März. (W. T. B.) In
Folge des drohenden Streiks der Kohlenarbeiter
haben die Befürworter der Cleveland Hüten an-
gefangen, die Hochöfen auszulöschen. Man er-
wartet, daß bis Sonnabend von 83 Oefen 70
außer Betrieb gesetzt sein würden.

Asienland.

Petersburg, 7. März. Von dem unter
dem Vorsitz des Großfürsten-Thronfolgers stehen-
den besondern Hofstallmeister sind 100,000
Rübel zur Durchfütterung der Wägenpferde
in dem Gouvernemente Kasan angewiesen. Die Ver-
pflegung der Pferde findet unter Oberleitung des
Direktors des Kaiserlichen Veterinär-Instituts, Prof.
Lange, statt. Bisher sind in dem Gouvernemente 6
Stationen für die Verpflegung der Pferde er-
öffnet. Für jedes bis zum Frühjahr durchge-
fütterte Pferd hat der Befürworter desselben entwer-
fen 1 Depjatine Land zweimal oder 2 Depjatine
einmal für die Sommerzeit bei den Bauern
unverpfunden, welche keine eigenen Pferde mehr
besitzen.

Der „Grasshopper“ steht auf dem Punkte
in Ungnade zu fallen. Das dem russischen Hof
nahestehende Blatt hat sich öfters über die Ver-
weigerung der russischen Regierung, das russische
Büchlein nicht nach Moskau zu lassen, geäußert
und damit, wie es scheint, in ein schlimmes
Wespennest gestochen. Es hat nämlich orthodoxe
Bücherträger beschuldigt, in Asien durch den
Verkehr, Buhdissen zum Uebertritt zur ortho-
doxen Kirche mit „sanfter Gewalt“ nöthigen zu
wollen, böses Blut gemacht zu haben. Ein
Telegramm meldet:

Petersburg, 7. März. Ueber den „Gras-
hopper“ des Fürsten Wladimirskij beginnt sich
ein Sturm zusammenzusetzen, der nach dem
einleitenden Präliminar, das die russische Presse
in seltener Einmüthigkeit dem fürstlichen Kollegen
aufsetzt, nicht leicht zu werden verspricht.
Der Anlaß zu der gegen Herrn Wladimirskij
in der That sehr hoch gehenden Entrüstung ist in
folgendem gegeben. Vor Kurzem brachte das
Blatt desselben in der Rubrik „Tagebuch“, die
der Fürst selbst schreibt, einen auch in der deut-
schen Presse viel beachteten Artikel, in welchem
auf Grund „gläubwürdiger Mittheilungen“ über
schreckliche Verwahrlosungen gesprochen wurde,
die sich die orthodoxe Geistlichkeit im Gouverne-
menten Irkutsk bei der zwangsweisen Bekehrung
der dortigen heidnischen Bevölkerung zur ortho-
doxen Kirche zu Schulden kommen lasse. Dabei
wachte der Fürst noch zu erzählen, daß in dieser
Sache bereits eine staatliche Untersuchung ein-
geleitet sei, daß es sich aber sehr empfehle, der
Haltung der gesammten orthodoxen Geistlichkeit
in Sibirien ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.
Zu diesem Artikel hat nun das offizielle Organ
des dirigirenden Synods, die „Zerkowaja Wjes-
tomost“ (Kirchen-Nachrichten) in scharfster Weise
Stellung genommen. Das letztgenannte Blatt
führt aus, daß nur im Ministerium des Innern
einige Klagen von Heiden (Buhdissen) über Ver-
wahrlosungen der Polzei, sich taufen zu lassen, vor-
liegen, welche durch die eingeleitete Untersuchung
noch nicht erwiesen worden. Darüber, daß die
örtliche Geistlichkeit in irgend einer Verbindung
mit der behaupteten ungeheuerlichen Thätigkeit der
Polzei stehe, sei dem geistlichen Ressort keine ein-
zige Klage einereicht worden. In früheren Zeiten
wären allerdings solche Klagen vorgekommen,
die sich aber bei eingehender Untersuchung sämt-
lich als falsch erwiesen. Bei der Untersuchung
habe sich herausgestellt, daß diese von einigen
Heiden eingereichten, in der schönsten Litera-
tur-sprache geschriebenen Klagen über angebliche Ver-
wahrlosungen durch die orthodoxe Geistlichkeit das
Wachwerk verbannter Sozialisten gewesen, die
auch in Sibirien ihr Werk fortsetzten, die Be-
völkerung aufzuwiegeln und namentlich daß gegen
Kirche und Religion zu fähen. Die russische Presse
stimmt, wie schon gesagt, diesen Ausführungen
der Kirchen-Nachrichten vollständig zu und fordert
vom Fürsten Wladimirskij einen Aufschluß dar-
über, wer seine „gläubwürdigen Quellen“ seien
und was er überhaupt auf die Ausführungen des
Kirchenblattes zu entgegnen hätte.

Petersburg, 10. März. (W. T. B.)
Aus Moskau und Sibirien sind starke
Schneestürme gemeldet. Auf der Kaspischen See
wurde ein Schiff in Folge der Schneever-
wehungen zahlreiche Fische auf der Strecke liegen
bleiben. Das Verkehrsministerium hat die er-
forderlichen Maßnahmen getroffen, um die Rei-
senden und die Arbeiter mit Lebensmitteln zu
versorgen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. März. Die türkischen
Behörden verhaften am vergangenen Sonnabend
den hiesigen Agenten der russischen Post Schisch-
manow, welcher der intellektuellen Miswirthschaft
bei der Ermordung des bulgarischen Agenten
Bulskoff verdächtig ist. Schischmanow wurde
auf Reklamation des russischen General-Konsuls
diesem ausgeliefert.

Salonichi, 10. März. (Hirsch's T. B.) Auf
die Verwendung des italienischen Konsuls werden
3000 beschäftigungslose Arbeiter aus Rom bei
den Bahnbauten in Mazedonien Verwendung
finden.

Amerika.

Chicago, 10. März. (W. T. B.) Nach
hier eingegangenen Meldungen wüthet auf der
ganzen Strecke von Michigan bis Montana ein
furchtbarer Schneesturm. Von allen Seiten wird
obwohl bisher nur unvollständige Berichte vor-
liegen, Verstärkung von Eigenthum und Verlust
von Menschenleben gemeldet. Der Telegraphen-
dienst ist gestört.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. März. Ein Herbert'sches
Kleinfeld. — Um Herrn Herbert jeden Ein-
wand zu nehmen, daß wir gegen ihn eingenommen
sind, theilen wir unsern Lesern auch das folgende,
von Herrn Herbert selbst verfaßte Schreiben in
der Köller'schen Angelegenheit mit. Dasselbe lautet:

Abrechnung mit dem Ansträger Ferdinand Köller.

Am 1. Juni Schuld aus früheren
Monaten laut Abrechnung, worüber ei-
dentlich Zeugniß des Herrn Menzel M. 268,50
Billetschreiben im Monat.

Juni:	Gr. 370,	gut gerechnet 30,	bleiben 102,—
Juli:	Gr. 370,	„ „ „	102,—
Aug.:	Gr. 370,	„ „ „	102,—
Sept.:	Gr. 370,	„ „ „	102,—
Okt.:	Gr. 360,	„ „ „	96,—
Nov.:	Gr. 350,	„ „ „	96,—
Dez.:	Gr. 350,	„ „ „	96,—
Jan.:	Gr. 350,	„ „ „	96,—
Febr.:	Gr. 290,	„ „ „	78,—
Summa: 873,—			

Bezahlte sind: am 7. Juni 25 M., 17. Juni 20 M.,
13. Juli 30 M., 12. August 40 M., 21. August 10 M.,
21. September 10 M., 6. Oktober 26 M., 17. November
25 M., 30. November 10 M., 15. Dezember
30 M., 14. Januar 20 M., 9. Februar 20 M., zu-
sammen 266 M. Beide (letzte) Beträge sind von der aus-
drücklich von Köller in Zeugnisschreiben abgegebenen
Erklärung, das Geld sei noch für das alte Jahr.

Vom 1. Juni bis 1. Februar sind 39 Wochen
verfloßen, wobei für jene Tage, an welchen Köller
nicht bei mir gearbeitet hat, die außer dem Blatt ge-
fertigten Arbeiten ihm angerechnet werden, also:

39 mal 8 M. = 312 M.

dazu die (obigen) baar gezahlten 266 M.

Alto Gesamt-Einnahme: 578 M.

Ueberblich:

Soll eintommen: 1,141,50 M.

Sind eintommen: 578,—

Somit fehlen noch: 563,50 M.

Obenstehend finden Sie den mir noch schuldige
Betrag verzeichnet, wie er sich aus meinem Buche er-
giebt und wie er durch eides Zeugniß festgelegt
werden kann. Daß ich noch irgend welche Mißstän-
de nehmen soll, werden Sie nunmehr, nach Ihrem jün-
gen Verhalten, wohl selbst nicht mehr erwarten.

Stettin, 8. März 1892

Fritz Herbert.

Herr Herbert wird gegen dieses Schriftstück,
da er es selbst geschrieben, wohl keinerlei Ein-
wendungen erheben können. Dasselbe stellt dem
auch die von Seiten des Herrn Herbert an Köller
gestellten vermeintlichen Ansprüche im Sinne der
Herrn Herbert völlig klar. Treue aber giebt
es wohl kein Schriftstück, welches ein ebenso
traubes und trauriges Bild auf die Herbert'sche
Geschäftsführung wirft, wie gerade dies von
Herrn Herbert selbst verfaßte Schreiben; darnach
muß in dem Herbert'schen Geschäft eine Un-
ordnung herrschen, wie sie schlimmer kaum
gedacht werden kann.

Bereits am 1. Juni 1891 soll der Festsat-
zung, den Köller nach Herbert'scher Auffassung
noch an letztem zu zahlen hatte, 286 M. 50 Pf.
betragen haben. Wenn Monate sind seitdem
verfloßen, neun Monate lang hat Herr Her-
bert die Abrechnung mit dem Köller nicht ge-
lassen! Der Herr Herbert, welcher in seinem
Blatte dem Köller die Fähigkeit beistehen läßt,
ein Schriftstück von mittlerer Länge zu verfassen,
müthet demselben Köller gleichwohl zu, neun
Monate lang Abrechnungen bis auf Heller und
Pfennig genau führen zu sollen! Wenn in einem
anderen Geschäft als das des Herrn Herbert erst
nach neun Monaten ein einziges Mal mit
einem einfachen Ansträger abgerechnet wird, so
würde Herr Herbert — und mit Recht — dem Geschäft
jedenfalls den Vorwurf machen, daß es in dieser
Verfälschung der Abrechnung einmal von dem
einfachen Arbeiter eine Rechnungsaufstellung und
Buchführung verlangt, die der Mann überhaupt
nicht leisten kann, und zweitens, indem er ihn
neun Monate lang ohne Aufsicht läßt, einer Ver-
fälschung anseht, der er schließlich unterliegen
muß. Beht daher nach neun Monaten Geld, so
ist der moralisch Verantwortliche
dafür nicht der Arbeiter, sondern der Prinzipal,
welcher sich neun Monate
lang am sein Geschäft nicht geküm-
mert hat!

Es kommt hinzu, daß bei Herrn Herbert
der Arbeiter sein Geld nicht in Baar er-
halten hat, sondern darauf angewiesen ist, seinen
Lohn sich von den für Herbert vereinnahmten
Geldern erst abzuholen zu müssen. Anders läßt
sich die Position der 39 mal 8 = 312 Mark,
die H. selbst in Abzug bringt, nicht erklären.
Wir wollen mit Herrn Herbert nicht streiten, ob
dieser Art, seine Arbeiter zu bezahlen, überhaupt
noch geistlich zulässig ist. Ordnungsmäßig ist
es jedenfalls nicht! In jedem
ordentlichen Geschäft erhält der Arbeiter seinen
Lohn in Baar und hat ebenso die Kassen-
einzüge, die er macht, baar abzuliefern!

Das schlimmste aber in dem Herbert'schen
Kleinfeld und am verwerflichsten
für seine Art der Geschäftsführung schei-
nen uns die runden Zahlen zu sein,
mit denen Herr Herbert operirt und die
sich sogar in den Herbert'schen
Büchern (!!) finden. Jeder Zeitungsverleger
in Stettin weiß, daß ein Ansträger, der ca. 340
zahlende Abonnenten hat, in jedem Monat eine
etwas andere Zahl von Wählern braucht.
Einige von den 340 Abonnenten versterben,
andere ziehen fort, andere ziehen zu und so wech-
selt die Zahl in etwas in jedem Monate. Herr
Herbert will im Juni 340 zahlende Abonnenten
im Juli wieder genau 340, im August noch
mal 340 und im September noch mal ge-

2044E

1. Sonntag u. d. Vorstellung: Vereins-Fränzchen